

Bund stellt Asylbewerber für sieben Tage auf die Strasse

Aktualisiert am 20.12.2011 **80 Kommentare**

Das Problem der überlasteten Asylzentren ist weit fortgeschritten: Gemäss «10vor10» sieht sich der Bund gezwungen, Migranten auf die Strassen zu stellen. Diese kommen teilweise bei Privaten unter.



Prekäre Situation: Das Empfangszentrum in Basel musste schon 10 bis 20 Asylbewerber auf die Strasse stellen. (Archivbild)
Bild: Keystone

Links

[zum Beitrag von «10vor10»](#)

Artikel zum Thema

[Die gelassene Berner Asyl-Gemeinde
Etappensieg für Sommaruga
Kanton Bern greift in den Asylzentren
durch](#)

Die Empfangszentren des Bundes sind derzeit stark belastet. Bis Ende November wurden in der Schweiz insgesamt 20'016 Asylgesuche eingereicht; im ganzen Jahr 2010 waren es 15'567, wie das Bundesamt für Migration (BFM) in Erinnerung ruft.

Dass das Problem schon sehr weit fortgeschritten ist, beweist ein Papier, das der Nachrichtensendung «10vor10» vorliegt. Demnach sind die Asylzentren des Bundes regelmässig gezwungen, Menschen abzuweisen

Bildstrecke



Asylsuchende in der Schweiz

Die Asyldebatte ist mit dem Streit um das geplante Durchgangszentrum in Bettwil erneut aufgeflammt.

und auf die Strasse zu schicken. «Es ist eine schwierige Situation, vor allem jetzt im Winter, wenn es kalt ist», sagt Michael Glauser vom Bundesamt für Migration (BFM).

Die Asylzentren des Bundes seien übervoll. In Basel wurden nach Angaben des BFM 10 bis 20 Asylbewerber auf die Strasse geschickt. Auch aus Vallorbe sind Einzelfälle bekannt. «Das einzige, was ich dazu noch sagen kann, ist, dass wir Frauen oder Kinder immer aufgenommen haben», sagt Glauser. Jedoch hätten junge, gesunde Männer teilweise weggewiesen werden müssen, räumt das Bundesamt ein.

Eine Woche obdachlos

Zwei junge Nordafrikaner, die sich am 13. Dezember in Basel beim Empfangszentrum meldeten, wurden weggewiesen. «10vor10» liegt ein sogenanntes Voranmeldeblatt der zwei Männer vor. Das Dokument zeigt, dass sie aufgefordert wurden, sich erst heute wieder zu melden. Eine ganze Woche später.

«Ich bin schockiert, dass man gerade in dieser Kälteperiode die Leute vor die Türe stellt», sagt Siegfried Bongartz vom Männerheim der Heilsarmee in Basel. Er hat letzte Woche zwei und in der Nacht auf heute drei Asylbewerber einquartiert und verköstigt. Besonders störend ist für Bongartz, dass die Heilsarmee dafür nicht einmal entschädigt wurde. «Es kann doch nicht sein, dass man es darauf ankommen lässt, ob Private diese Menschen irgendwie unterbringen», so Bongartz.

Bund plant Asylzentrum im Kanton Bern

Derweil gibt der Bund die Eröffnung und Planung von zusätzlichen Asylzentren bekannt. Die Truppenunterkunft Tschorren bei Hasliberg im Kanton Bern wird voraussichtlich im kommenden März in Betrieb genommen. Der Betrieb soll demnach auf sechs Monate befristet sein.

Die Ankündigung des Bundes kommt nicht überraschend: Der Tschorren war seit Längerem im Gespräch. Das BFM geht von 140 bis 150 Plätzen aus. Bereits seit August wird die Truppenunterkunft auf dem Jaunpass für Asylsuchende genutzt. Dieses Zentrum hat 50 Plätze.

Petition gegen Asylzentrum in Bettwil

Anders ist die Situation im Kanton Aargau. In der 560-Seelen-Gemeinde Bettwil regt sich weiterhin Widerstand gegen die vom Bund geplante Unterkunft. Der Gemeinderat und ein Komitee haben am Dienstag der Kantonsregierung eine Petition gegen das geplante Zentrum für 80 bis 100 Asylbewerber übergeben. Knapp 10'000 Personen unterschrieben die Eingabe aus dem 560-Seelen-Dorf.

In der Petition wird ein Verzicht auf die Asylunterkunft in einer Militäranlage etwas ausserhalb der

Freiämter Gemeinde gefordert. Der Regierungsrat solle sich beim Bund gegen das «unsinnige Projekt» einsetzen, sagte Gemeindeammann Wolfgang Schibler bei der Übergabe der Petition.

(mrs)

Erstellt: 20.12.2011, 21:31 Uhr

Alle Kommentare anzeigen